

## **A8: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018**

Einreichende: Daniel Sittler

Unterstützende: Tom Berthold, Steffen Brumme, Iris Burdinski, Konstantin Gräfe, Martin Günther, Tina Lange, Norbert Müller, Volkmar Schöneburg, Hanna Steiner, Isabelle Vandré

### 849 **Juristische Ausbildung muss kritisch werden**

#### 850 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

851 DIE LINKE setzt sich für eine umfangreiche Aufarbeitung der Justizgeschichte in Brandenburg  
852 und dem daraus resultierenden Umgang in der Brandenburgischen Jurist\*innenausbildung ein.  
853 Darunter verstehen wir, dass die kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit der  
854 Rechtsgeschichte und der Rechtsprechung in der Zeit des Nationalsozialismus  
855 Pflichtbestandteil des juristischen Studiums im Mindestumfang von 4 SWS sowie  
856 Pflichtprüfungsteil zum 1. Staatsexamen werden. Ein weiterer Schwerpunkt soll die  
857 Betrachtung der historischen Kontinuitäten, sowohl personell als auch strukturell, sein.

858 Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung von mindestens je einer weiteren Professur für  
859 Neuere Rechtsgeschichte mit Schwerpunkt 1930-1970 an jeder Hochschule in Brandenburg  
860 mit Jurist\*innenausbildung.

861 Außerdem sollen das Ministerium der Justiz für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) und die  
862 Hochschulen ihre sowie die Geschichte ihrer Vorgängerinstitutionen der letzten 100 Jahre nach  
863 dem Vorbild des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) kritisch  
864 aufarbeiten.

865

#### 866 **Begründung:**

867 Nicht erst aufgrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks der vergangenen Monate ist  
868 offensichtlich geworden, dass Toleranz und die Verteidigung der Freiheit nicht  
869 selbstverständlich sind. An dieser Stelle sei beispielhaft auf den Ex-Richter Jens Maier (AfD)  
870 und seine rassistischen Totalausfälle verwiesen. Neben vielen anderen staatlichen Institutionen  
871 hat insbesondere die Justiz diesbezüglich eine verantwortungsvolle Aufgabe. Aus der  
872 Geschichte lernen, heißt deshalb die Freiheit zu schützen. Leider fehlt in den juristischen  
873 Ausbildungen sämtlicher Bundesländer die verpflichtende Schwerpunktbeschäftigung mit der,  
874 nachgewiesenen, „Unrechtsprechung“ im Nationalsozialismus. Schlimmer noch: die meisten  
875 Jurist\*innen haben im Nachkriegsdeutschland weiter Karriere gemacht und somit  
876 entscheidende Weichen in Justiz und Studium mitgeprägt. Hier verlangt es nach kritischer  
877 Aufarbeitung und Beschäftigung für zukünftige Generationen.